

AA000194

DIENSTAG, 13. DEZEMBER 1988

DER TAGES SPIEGEL

Neue Hinrichtungswelle in Iran

Hauptsächlich betroffen ist die politische Linke — Schätzungen bis zu 12 000 Opfern

Amnesty gegen Abschiebung iranischer Asylbewerber

Bonn/Mainz (AP). Die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International hat an die rheinland-pfälzische Landesregierung appelliert, angesichts der Hinrichtungswelle in Iran Flüchtlinge, deren Asylanträge abgelehnt wurden, nicht in ihre Heimat zurückzuschicken. Amnesty kritisierte gestern in einer Erklärung die nach ihrer Darstellung geplanten Abschiebungen abgelehnter iranischer Asylbewerber. Der Sprecher des Innenministeriums in Mainz, Dietzen, wies die „pauschale Kritik“ an der Asylpraxis des Landes zurück. Nach Prüfung jedes Einzelfalls werde auf eine Abschiebung verzichtet, wenn dem Flüchtling Verfolgung und Hinrichtung drohe.

Amnesty International teilte weiter mit, in Iran sei seit Ende Juli 1988 die größte Welle politisch motivierter Hinrichtungen seit Anfang der 80er Jahre im Gang. Vor allem Angehörige linker Oppositionsgruppen wie der Volksmujaheddin, Volksfedajin, der Tudeh-Partei sowie kurdischer Organisationen seien betroffen. Amnesty International seien über 300 Fälle von Hinrichtungen namentlich bekannt. Die Organisation beobachte „mit großer Sorge“, daß in Rheinland-Pfalz abgelehnte iranische Asylbewerber, die ihre Zugehörigkeit zu einer linksgerichteten Oppositionsgruppe zu erkennen gegeben hätten, abgeschoben werden sollen. Damit gebe das Land die bislang in der Bundesrepublik geübte Praxis auf, abgelehnte iranische Asylbewerber nicht in ihr Heimatland abzuschicken.

(Weiteres Seite 3)

Nach einer mehrmonatigen Pause ist es in Iran wieder zu einer Hinrichtungswelle gekommen, nach Meinung von Oppositionellen „der größten seit 1981“. Nach Angaben aus Kreisen von Exil-Iranern in Europa begann die neue Hinrichtungsserie im Juli, kurz nachdem Iran angekündigt hatte, es werde einer Feuereinstellung im Golfkrieg zustimmen. Wie viele Menschen exekutiert worden sind, ist nicht genau bekannt. Der im irakischen Exil lebende Führer der oppositionellen Volksmujahedin, Massud Radschawi, behauptet, 12 000 Menschen seien in den Gefängnissen Irans umgebracht worden. Farhad Fardschad, ein Sprecher der kommunistischen Tudeh-Partei schätzt die Zahl der Hinrichtungen auf „mehrere tausend“.

In einem Telefoninterview erklärte Fardschad in West-Berlin, allein in Teheran seien mehr als 400 Mitglieder seiner Partei erschossen worden. „Die Berichte, die wir von den Familien der Opfer erhalten haben, zeigen, daß es einen Plan gibt, die meisten politischen Gefangenen zu exekutieren“, sagte Fardschad. Er konnte jedoch lediglich die Namen von 36 Hingerichteten nennen, darunter die in der Bundesrepublik ausgebildeten Ärzte Ahmad Danesch und Faribourz Baqai. Zu den im Teheraner Evin-Gefängnis Erschossenen gehörten auch vier Mitglieder des ZK der Tudeh-Partei. Dabei — so Fardschad — handelt es sich um Manuschehr Behzadi, Fardsch Mizani, Ismail Zolqadr, und Huschang Nazemi. Auch der Propagandachef der Partei, Merhdad Farschad-Azad, sei hingerichtet worden.

Die derzeitige Hinrichtungswelle richtet sich hauptsächlich gegen die politische Linke. Ein Sprecher der Fedayin-Guerillas, einer kommunistischen Organisation, erklärte am Telefon aus Teheran: „Tausende sind umgebracht wor-

den.“ Doch konnte er nur die Namen von sechs Angehörigen seiner Organisation nennen, die am 22. November in Teheran erschossen worden sind.

Prinzessin Azadeh Schafiq, die Sprecherin der iranischen Exil-Monarchisten, spricht von „wenigstens 150“ Exekutierten. Sie konnte die Namen von sieben im vergangenen Monat in Teheran und Hamadan hingerichteten Monarchisten nennen. Darunter befinden sich zwei Offiziere, Oberst Faribourz Panahi und Major Ali Yadegarian, die seit 1983 im Gefängnis saßen. Auch andere Oppositionsgruppen klagen über Tote aus ihren Reihen.

Die neue Hinrichtungswelle macht auch vor dem Klerus nicht halt. Sechs Mullahs, alle als Anhänger des Ayatollahs Hossein-Ali Montazeri bekannt, wurden im November hingerichtet. Unter ihnen befanden sich zwei ehemalige Abgeordnete der Madschlis, des iranischen Parlamentes, Ayatollah Fath-Allah Omid Nadschaf-Abadai und Ayatollah Muhammad Lengeroudi.

Die Hinrichtungen der Montazeri-Anhänger betrachten Beobachter in Teheran als weiteren Versuch, den Ayatollah politisch zu isolieren. Montazeri ist zwar von Revolutionsführer Ayatollah Ruhollah Khomeini als „Oberster Führer“ zum Erben bestimmt worden, doch sieht er sich wachsender Opposition aus anderen Gruppen des Klerus gegenüber.

Die Angehörigen von Ali Sabouri und Mohammad Schahidi, zwei ehemaligen Mitgliedern der Tudeh-Partei, hatten beispielsweise angenommen, die beiden, die 1983 zu fünf Jahren Haft verurteilt worden waren, würden am 4. November entlassen. „Wir wurden am 3. November aus dem Evin-Gefängnis angerufen und dorthin beordert“, erzählt Hamid Sabouri, der Bruder des einen Kommunisten. „Wir hatten

angenommen, daß sie uns unseren Bruder abholen lassen wollten. Statt dessen gaben sie uns seine Kleider und teilten uns mit, er und andere Kameraden seien erschossen und auf dem Doschan-Tapeh-Friedhof beerdigt worden.“ Dieser Friedhof, den die Regierungspropaganda „Lanat-Abad“ (der Wohnort der Verfluchten) nennt, ist den Hingerichteten der politischen Linken seit 1981 vorbehalten.

Regelmäßige Besuche politischer Gefangener wurden im Juli unterbunden, nachdem die Regierung angekündigt hatte, sie wolle die Gefängnisse sanieren. Oppositionelle bezeichnen diesen Ausdruck als zynische Umschreibung für die Massenhinrichtung politischer Gefangener.

Kommentatoren im Exil halten zwei Erklärungen für die neue Hinrichtungswelle bereit. Einige mutmaßen, ein „Falke“ in der Regierung wolle Oppositionsgruppen — speziell die der Linken — ihrer erfahrenen Kader berauben, um den politischen Parteien später mehr Spielraum gewähren zu können. Diese Erklärung scheint auf einige Organisationen zuzutreffen, ganz besonders auf die Tudeh-Partei, die schätzungsweise 75 ihrer Führungsmitglieder und ihres Parteiapparats eingebüßt hat. Nach einer zweiten, von anderen Exil-Iranern verbreiteten Lesart will die iranische Regierung sich im Rahmen ihrer vorsichtigen Öffnung nach Westen als scharf antikommunistisch darstellen.

Sollte die zweite Erklärung zutreffen, wäre die Strategie jedoch gründlich gescheitert. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat bei seinen Menschenrechtsgesprächen mit den islamischen Führern in Teheran einen sehr kritischen Ton angeschlagen. Dafür wurde er von seinem iranischen Amtskollegen Ali Akbar Velayati und den iranischen Medien scharf angegriffen.

Bizhan Torabi